

Begrüßungsrede

Michael Dudek, Präsident des Bayerischen Anwaltverbandes e.V.

Verleihung des Max-Friedlaender-Preises 2024 an Frau Verena Bentele am 18.11.2024



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie konnte das passieren, das Soziale im Müll? Ungeheuerlich. Das Soziale im Müll der Gesellschaft. Bevor ich Ihnen erzähle, wie das passiert ist, würde ich gerne mit Ihnen darüber sprechen, was da genau in den Müll gekommen ist.

I. Was ist das Soziale überhaupt?

1. Als Juristen denken wir sofort an Sozialhilfe, Bürgergeld, an die sozialen Sicherungssysteme, das SGB I bis XIV. Das passt in unsere Denkgewohnheiten: hier werden Menschen Ansprüche gewährt. Menschen in Notlagen oder Menschen, die für ihre Absicherung im Alter gearbeitet haben. Bedenken wir, dass in Deutschland 14,2 Millionen Menschen von Armut betroffen sind, das entspricht 16,8 % Prozent aller Einwohner.¹

Juristen reden auch über Umverteilung. Das betrifft insbesondere das Steuerrecht, aber auch das Verfassungsrecht. Soll es wirklich zulässig sein, Menschen Geld wegzunehmen, um es anderen zu geben? Bedenken wir, dass der Spitzensteuersatz in den 1970er und 1980er Jahren bei 56 % lag und aktuell bei 42 % liegt.²

2. Ein vorsichtiger Blick über den Tellerrand – auf die „Sozialpolitik“. Relevant werden sozialpolitische Überlegungen in Deutschland bereits mit Ende des 18. Jahrhunderts. Das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 hielt die Verpflichtung des Staates fest, „für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen, und denselben auch von andern Privatpersonen, welche nach besondern Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können. Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.“³

Aktuell soll die nachgewiesenermaßen falsche Behauptung, dass Arbeit weniger einbringt als Bürgergeld, im Wahlkampf für Stimmung und Stimmen sorgen.⁴ Das verfängt besonders bei unteren sozialen Schichten.

Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) greift den Gedanken aus dem Allgemeinen Landrecht in Art. 163 Abs. 2 Satz 1 und 2 auf: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Der Artikel ist Teil einer – ich zitiere – „ebenso umfassenden wie differenzierten sozialen Programmatik“ – so Hans Friedrich Zacher.⁵ Die Kernaussage findet sich in Art. 151 Abs. 1, Satz 1 WRV: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Die Bayerische Verfassung erklärt in Art. 3 Abs. 1 BV ausdrücklich: „(1) ¹Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. ²Er dient dem Gemeinwohl.“ So wird beispielsweise in den Artikeln 166 bis 177 BV sehr detailliert das Arbeitsleben behandelt.⁶

Demgegenüber spricht das GG in Art. 20 Abs. 1 eher pauschal davon, dass „die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist“ und in Art. 28 Abs. 1 von den „Grundsätzen [eines] republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes“.

Zusammenfassend: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland wird im Wesentlichen im Bereich des Arbeitsschutzes, der Lohngestaltung, der Vermögensbeteiligung, der Betriebsverfassung, der Absicherung der sozialen Risiken, aber auch der Beamtenversorgung, des Wohneigentums und des Familienlastenausgleichs verstanden.⁷

3. Wenn wir ganz mutig sind, verlassen wir das enge rechtliche Terrain und wagen einen Blick auf das „Soziale“, wie es die Soziologie versteht. Eine kleine Auswahl der angebotenen Definitionen: „Bereich des Zwischenmenschlichen, aus dem alle Kultur, Zivilisation, alle Institutionen und Ideenformungen erwachsen“, „das prozessartige Geschehen zwischenmenschlicher Natur“, das, „was mit dem Zusammensein oder Zusammenleben von Menschen in Beziehung steht“ oder schlicht „die Gesellschaft“.⁸

Diese Betrachtung macht klar, dass es um viel mehr geht als Vermögensverschiebungen: Das Soziale ist Grundlage unseres Zusammenlebens und letztlich unseres Überlebens.

II. Wie konnte es also passieren, dass sich das Soziale im Müll wiederfindet, dass wir das Soziale in den Müll gesteckt haben?

1. Ich hatte gerade mit der Abfolge der Verfassungstexte auf eine historische Entwicklung hingewiesen. Es geht aber nicht allein um die Entwicklung des Sozialen. Denn das Soziale hat einen Konterpart, den Liberalismus. Ursprünglich ist er entstanden aus dem Versuch der Befreiung von monarchistischen Strukturen und Unterdrückung. Die Idee eines freien und selbstbestimmten Lebens übte vor über 200 Jahren eine ungeheure Faszination auf die Menschen aus. Viele waren sogar bereit, für diese Idee zu sterben.

Liberalismus ist eine politische Weltanschauung, die die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt und jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ablehnt. Die vier wichtigsten Prinzipien des Liberalismus sind: a) das Recht auf Selbstbestimmung (Selbstbestimmungsrecht) auf der Basis von Vernunft und Einsicht [Christian Lindner], b) die Beschränkung politischer Macht, c) die Freiheit gegenüber dem Staat und d) die Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Basis persönlichen Eigentums.⁹

Schnell wurde deutlich, dass eine ungehemmte Durchsetzung individueller Macht verheerende Folgen für weite Teile der Bevölkerung hat. Tatsächlich führte die wirtschaftliche Liberalisierung zu

dynamischen Industrialisierungsprozessen und der Entwicklung eines (privat-)kapitalistischen Wirtschaftssystems, in deren Folge aber auch zur Verelendung breiter Teile der Bevölkerung Mitte / Ende des 19. Jahrhunderts.¹⁰

Als Folge entwickelten sich sozialistische und kommunistische Theorien, die die Überwindung des kapitalistischen Systems und des wirtschaftlich geprägten Liberalismus zum Ziel hatten. Das Mittel: Der Klassenkampf. Das Kampflied: die Internationale. Deren Refrain lautet:

„Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht.“

2. Was ist daraus geworden?

Auf der Homepage der Kölner Juso Hochschulgruppe ist der Text der Internationale veröffentlicht. Im Chat schreibt Luis am 22. April 2021 um 10:18: „Super Lied ist mein neuer Wecker.“¹¹

Ist Ihnen aufgefallen, dass der ehemalige Bundesjustizminister Buschmann nicht vom „sozialen Rechtsstaat“ spricht, sondern durchgängig vom „liberalen Rechtsstaat“? Haben Sie die Festrede des Präsidenten des BVerfG beim DJT Ende September in Stuttgart gehört? Fast vierzig Minuten Gedanken zum Jubiläum des Grundgesetzes. Zum Staatsprinzip des Sozialen lediglich 20 Sekunden mit dem Verweis auf die Kommentierung von Anschütz zur WRV und einem Hinweis auf den Klassenkampf.¹² Das, verehrte Festgemeinde, das ist Klassenkampf durch Unterlassen.

Doch auch die Mütter und Väter des Grundgesetzes zeigten nicht durchgängig den sozialen Elan der Schöpfer der WRV. Der Herrenchiemseer Entwurf enthielt über die soziale Aufgabe des Staates nichts. Auch eine breite Mehrheit des Parlamentarischen Rates war sich darin einig, daß das GG nicht versuchen könne und nicht versuchen dürfe, die Lebensordnung des Volkes festzuschreiben.¹³ Im Laufe der Verhandlungen einigte man sich schließlich auf den bekannten Wortlaut der Art. 20 und 28 GG. Nähere Ausführungen zum Sinn des Wortes „sozial“ sind den Protokollen nicht zu entnehmen.

1952 promovierte Hans F. Zacher bei Hans Nawiasky. Der lud ihn ein, sich zu habilitieren. Er schlug ihm auch das Thema der Habilitationsschrift vor: „Das Verfassungsrecht der sozialen Intervention des Staates“. Trotz aller sozialen Probleme der Zeit ein ganz und gar unbeachtetes Thema. Und so wandte sich Nawiasky an Zacher mit den Worten: „Wenn Sie darüber arbeiten, arbeiten Sie zwar in einem dunklen Loch – aber Sie werden lange Zeit Monopolist sein“.¹⁴

Dabei war die „soziale Marktwirtschaft“ die Wirtschaftsordnung, die vom Widerstand gegen die Nazis, etwa dem Freiburger Kreis, präferiert wurde.¹⁵ Dazu gehörte auch der Kampf gegen die Ansammlung von Riesenvermögen und Wirtschaftsmonopole.¹⁶ In diesem Sinne forderte unlängst Kabarettist H. G. Butzko die Einführung der Vermögenssteuer zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.¹⁷

Das wissenschaftliche Interesse am Sozialen wird gleichwohl heute noch als „systematische Nichtbefassung“ eingestuft.¹⁸ Im Verfassungsrecht ist nach wie vor eine gewisse Beklommenheit im Umgang mit dem Begriff zu spüren.¹⁹ Erklärungsansätze finden sich ausgerechnet bei den nationalsozialistisch geprägten Staatsrechtslehrern Carl Schmitt²⁰ und Ernst Forsthoff²¹, bekanntermaßen keine Freunde des Sozialstaatsprinzips. Am wirkungsvollsten war mit Sicherheit die Gleichsetzung der Begriffe Kommunismus, Sozialismus und Sozialdemokratie, auch bei Carl Schmitt. Die Furcht vor dem Kommunismus und damit dem Klassenkampf prägt Deutschland seit dem 19. Jahrhundert bis heute. Und über die Zeit gelang es sogar, die Begriffskette zu erweitern: Stalinismus, Kommunismus, Sozialismus, Sozialdemokratie, Soziales, Gemeinschaft, Gemeinwohl – und gerne

noch Gutmensch. All das war im Bürgertum und ist inzwischen in der gesamten Bevölkerung verpönt. Zudem: Gehälter richten sich danach, in welchem Maße wir die Gewinnerwartung Reicher erfüllen. Der Nutzen der Tätigkeit für die Gesellschaft spielt keine Rolle. Das gilt übrigens auch für die Vergütung von Anwäl:innen.

3. Woher kommt die Ablehnung des Sozialen ausgerechnet durch das Bürgertum?

Liberalismus als Gegenbewegung zur Monarchie. Wenn man vereinfacht von drei Schichten ausgeht, nämlich Adel, Bürgertum und Proletariat, dann kämpften die beiden letzteren zunächst gegen den Adel. Beleg dafür ist die Revolution von 1848. Liberale Ideen konnten nur deshalb Bedeutung gewinnen, weil die einfachen Schichten durch Hungersnot getrieben, auf der Straße Druck auf das System ausübten. Diese Situation konnten die Liberalen nutzen, um ihre Vorstellungen politisch zur Geltung zu bringen.²² Allerdings war bereits im 19. Jahrhundert erkennbar, dass sich das Bürgertum immer mehr dem Adel zuwandte und versuchte, ebenfalls Privilegien zu erhalten.²³ Letztlich fürchteten Adel und Bürgertum gleichermaßen um Privilegien und Vermögen. Eine Umverteilung von oben nach unten musste unter allen Umständen verhindert werden.

Die Alternative bestand in der Vergrößerung des Kuchens, also der Hoffnung auf ein „Mehr für alle“ und dem Satz, dass erst verdient werden müsse, was dann verteilt werden könne. Diesen Satz konnte man beim Nationalsozialisten Carl Schmitt²⁴ lesen und vom Sozialdemokraten Helmut Schmidt hören. Es ist die Angst, dass Umverteilung alle ärmer macht.

Wir haben viele Wege gefunden, um den Kuchen bei uns größer zu machen: Kolonialismus, Imperialismus, Postimperialismus, Formen der Entwicklungshilfe und aktuell die Wachstumsideologie – O-Ton Angela Merkel:

„Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen“.²⁵

Klar ist, dass die Vergrößerung des Kuchens bei uns, dass unser Wachstum zu Mangel woanders führen muss.

III. Die Verdrängung, die Bekämpfung des Sozialen ist nicht auf Deutschland beschränkt – und wie gezeigt, kein neues Phänomen. Und sie hat Folgen:

1. Wundern wir uns nicht, warum die westlichen Demokratien weltweit so wenig Zuspruch finden? Ein Perspektivwechsel könnte hilfreich sein. Seit dem 15. Jahrhundert interessieren sich Europäer für ferne Länder. Entdeckerlust und Mordlust gingen Hand in Hand. Im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert folgte dem Kolonialismus der Imperialismus. Die Welt war aufgeteilt und ein unfassbar großer Selbstbedienungsladen. Wie viel Leid haben die unterworfenen Menschen erfahren müssen, Mord, Sklaverei, Raubzüge und Vergewaltigungen. Kennzeichen der postimperialen Ära sind Stellvertreter-Kriege. Denken Sie an Afrika, Mittel- und Südamerika, an Afghanistan, den Nahen Osten. Glauben wir wirklich, wir können bei den Betroffenen Vertrauen in Anspruch nehmen?

Und wo landen die Mittel, die als Entwicklungshilfe deklariert werden? Selten bei den Bedürftigen, eher bei korrupten Zirkeln vor Ort. Damit sichern wir unsere Handelsbeziehungen. Wir importieren aber nicht nur Rohstoffe, sondern Arbeitsfähige und Arbeitswillige aus der ganzen Welt – schon seit langem. Das schädigt die betroffenen Länder. Denn sie verlieren Zukunft, sie verlieren Potentiale, die sie so dringend bräuchten. Auf all das hat Friedlaender Preisträger Siegfried Broß immer und immer wieder hingewiesen.

2. Kaum sind diese Menschen bei uns angekommen, beklagen wir uni sono deren fehlende Integration. Lassen Sie mich am Beispiel zweier benachbarter Vorortgemeinden zwei aktuelle unterschiedliche Integrations-Modelle vorführen. Gemeinde X: Zwischen der Autobahn und dem Gewerbegebiet befand sich ein kleiner Ackerstreifen. Ein paar Container, ein 3m hoher Zaun mit Stacheldraht auf der Krone – und fertig war das Asylbewerberheim für junge Männer. Gemeinde Y: Jeder Ankommende erhält einen Paten/ Patin. Die Paten kümmern sich um Wohnung, Arbeitsplatz, Sprachkurs und sozialen Austausch. Und jetzt raten Sie, in welcher Gemeinde es Kriminalität bei den Bewerbern gibt – und in welcher nicht?

3. Wem das zu mühsam ist – und das sind leider viele, macht sich für einfache Lösungen stark. Erinnern Sie sich noch an die Diskussion um die „Konservative Revolution“, entfacht von Alexander Dobrindt.²⁶ Es geht um den Mann, der Probleme einfach wegreieren will.²⁷ Die Konservative Revolution – eine vom Nationalsozialismus aufgeladene Idee²⁸ – soll die Antwort auf eine (vermeintliche) Revolution der Linken in den 68er sein. Die hätten die Menschen entwurzelt und ihnen die Heimat genommen. Die Menschen hätten zudem Angst vor den Entwicklungen der neuen Zeit, so Erklärungsversuche des erstarkenden Rechtsextremismus durch konservative Forscher.²⁹ Doch wenn man die neuen Nazis anschaut, dann haben sie keine Furcht vor neuer Technik, benutzen das Internet äußerst versiert für Hass und Hetze.

Ich möchte Ihnen von einer Taxifahrt Ende letzten Jahres erzählen. Der Taxifahrer wies auf einen Neubau. „Dieses riesige Haus haben die nur für die Syrer gebaut, die machen alles für die Ausländer, wir haben keine Wohnung geschenkt bekommen, meine Frau kommt aus Brasilien und musste ihre Prüfung als Krankenschwester nochmal machen. In der Klinik von ihr arbeiten die vom Balkan, alle mit gefälschten Nachweisen, da hat noch keiner gefragt. Ich bin rechts außen, ganz weit rechts außen.“ Darauf ich: „Gewalt in der Politik ist nicht gut.“ Er: „Die Linksextremisten machen das doch auch und da sagt keiner was. Ich: „Finde ich auch nicht gut.“ Er: „Der Kommunismus ist Dreck, aber der Kapitalismus auch, die Amerikaner sind an allem schuld.“ Ich: „Dass der Kapitalismus Schwächen hat, wird man ja wohl nicht ernsthaft bestreiten können.“ Er: „Sie können sagen was Sie wollen, wir kommen nicht zusammen. Versuchen Sie es erst gar nicht. Die sollen alle, alle an der Laterne hängen! Der einzige Politiker, der es kapiert hat, ist Putin.“

Solche Gespräche waren kein Einzelfall. Eigenartigerweise wechselten die Themen zum Jahresbeginn 2024 nach den Großdemos gegen rechts wieder auf das Wetter oder die verstopfte Innenstadt. Die Gesinnung ist aber geblieben. Und da geht es nicht um die Angst vor Neuem, sondern schlicht um Sozialneid, Geiz und Gier. Geiz ist geil, Gier und Neid aber noch viel geiler. Hauptsache, ich darf weiter konsumieren. Früher war die Religion Opium für das Volk, heute ist es der Konsum. Wenn der auch nur gefährdet scheint, versagt die rationale Steuerung. Und natürlich greift man die Schwächeren an, nicht die, die mehr Macht haben.

4. Klassenkampf? Georg Schramm zitierte gerne Warren Buffet: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“.³⁰ Und weiter: „Nicht, weil wir Recht haben oder besser sind, sondern, weil wir das Geld haben.“ Recht hat er. Und deshalb gibt es keine Straßenschlachten, geht keiner mehr auf die Barrikaden. Es ist viel einfacher, mit Geld die Gesellschaft über das Internet und private Medien zu manipulieren.³¹ Da stören öffentlich-rechtliche Sender natürlich. Statt Wissenschaft und Kultur sorgen die Kostüme autokratisch gesinnter Populisten für Gesprächsstoff – auch in Bayern. Und zu allem Überfluss zementiert Digitalisierung autokratische Macht.

Und weil das so gut funktioniert, gibt es Klassenkampf nicht nur durch Unterlassen, wie die Beispiele Buschmann und Harbarth belegen. Man kann auch mal Tacheles reden, wie etwa Joachim Wennig, CEO der Münchener Rück, im August in der SZ: Er forderte den Wegfall der täglichen

Höchstleistungszeit von zehn Stunden, den Wegfall gesetzlicher Feiertage, des Kündigungsschutzes usw.³² Und im Moment machen wir uns Sorgen um die Automobilindustrie. Die Drohung mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen ist nach wie vor ein hochwirksames Mittel, um die Ordnung von oben und unten und die Umverteilung von unten nach oben stabil zu halten.

Als stabilisierende Ideologie dient ein extremistischer Liberalismus. Gerade dessen wirtschaftliche Seite ist tief in das Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen. Zwei Beispiele:

(1) Ist Ihnen aufgefallen, dass die Grünen im letzten Wahlkampf 2021 komplett darauf verzichtet haben, an den gesunden Menschenverstand zu appellieren und Verzicht auf Gesellschaft und Natur schädigende Verhaltensweisen zu fordern. Dafür waren sie von konservativer und liberaler Seite als „Verbotspartei“ gebrandmarkt worden. Das ist zwar infam, war aber hoch wirkungsvoll.

(2) Der Einfluss von Geld gefährdet regelmäßig die Demokratie. Wer Macht hat, teilt sie ungerne. Die Herren Musk, Zuckerberg, Bezos usw. beweisen das Tag für Tag. Dazu folgendes Gedankenspiel: Grundsätzlich spreche ich mich gegen eine Vermögenssteuer aus. Ab einem Vermögen von 100 oder 200 Millionen Euro sollte sie aber 100% betragen – weltweit. Wenn ich diesen Vorschlag im kleinen Kreise mache, ernte ich massive Ablehnung bis hin zur Beschimpfung, wobei meine Gesprächspartner:innen durchweg nicht zum betroffenen Personenkreis gehören.

5. Wir empfinden für die Menschen, die wir durch einen Beitrag zum Sozialen einschränken würden. Und gelegentlich haben wir Mitleid mit den anderen. Dann stellen wir uns am Wochenende in die Fußgängerzone und machen Charity. Und danach überreichen wir im Blitzlichtgewitter einen Scheck in der Größe einer Tischplatte – über sage und schreibe 250 Euro. Wer eine Million spendet, dem verzeiht man 40 Millionen hinterzogene Steuern. Wer dagegen systemische Hilfen fordert, ist Sozialist und steht außerhalb der Community. Friedlaender Preisträgerin Angelika Nussberger musste erfahren, dass die Beschäftigung mit Grundrechten und internationalem Sozialrecht das berufliche Fortkommen behindert. Und Friedlaender Preisträger Siegfried Broß ist so wie so Sozialist.

IV. Zum Schluss sechs Thesen:

1. Extremistischer Liberalismus sorgt dafür, dass wir international an Glaubwürdigkeit verlieren und immer weniger Verbündete finden. Davon profitieren autokratische Regime.

2. Innenpolitisch schafft der Verlust des Sozialen den Nährboden für populistische, autokratische Politiker und damit für eine Gefährdung der Demokratie und des Rechtsstaats.

3. In allen Ländern sind alle Menschen solidarisch – aber nur, wenn die Flut kommt oder ein Terroranschlag mit vielen Opfern verübt wurde.

4. Vermutlich verdanken die BV und das GG die überwältigende Zustimmung – auch zu ihrer sozialen Programmatik – dem Umstand, dass sie kurz nach einer nationalen Katastrophe ungekannten Ausmaßes erarbeitet wurden. Es ging darum, es besser zu machen. „Nie wieder... unsolidarisch“, warum aber nicht auch: „immer solidarisch und sozial“.

5. Parteien, aber auch die Gesellschaft insgesamt, scheinen nicht in der Lage, Soziales und Liberales ausgewogen miteinander zu verbinden. Das ist eine Überlebensfrage für unser Land geworden.

6. Parteiprogramme und Aussagen einiger demokratischer Parteien haben Schnittmengen mit Rechtsextremismus und extremistischem Liberalismus, vor allem in der Missachtung des Sozialen. Das ist gefährlich: Der Rechtsstaat ohne Soziales ist wie eine Mauer ohne Mörtel.

Verehrte Festgemeinde, die beschriebene Situation ist nicht neu, sondern begleitet die Menschheit seit alters her. Eine Lösung erzählt wunderschön das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg.³³ Da

engagierte ein Weinbergsbesitzer verschiedenen Zeiten am Tag Arbeiter, zuletzt eine Stunde vor Ende der Arbeit – und zahlte allen das Gleiche. Das Gemaule war groß, aber der Weinbergsbesitzer ließ sich nicht beirren. Es wäre heilsam für unser Land, wenn wir dieses Gleichnis verstehen und danach handeln.

Verena Bentele steht jeden Tag vor der Tonne und verhindert für ihren Verband, dass das Soziale in die Mülltonne der Gesellschaft geworfen wird. Das ist außergewöhnlich, das ist aber auch kräftezehrend und wenig gelitten. Für diese Arbeit und Ihren riesigen persönlichen Einsatz ehren wir sie heute.

Meine Damen und Herren, Verena Bentele steht nicht allein. Die Mitgliederversammlung des BAV hat heute folgende Resolution beschlossen: *„Der Bayerische Anwaltverband bekennt sich zum sozialen Rechtsstaat. Der soziale Rechtsstaat findet seine Verwirklichung im materiellen Recht und in dessen prozessualer Durchsetzbarkeit. Deshalb müssen die Gerichte der Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit für alle Bürgerinnen und Bürger gut erreichbar sein. Standortschließungen oder die Konzentration dieser Gerichte lehnen wir ausdrücklich ab.“*

-
- ¹ Paritätischer Armutsbericht 2024, https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/img/Paritaetischer_Armutsbericht_2024.pdf.
- ² Martin Beznoska / Tobias Hentze, 60 Jahre Einkommensteuertarif in Deutschland – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen, Wirtschaftsdienst 2018, Heft 8, S. 587–591, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2018/heft/8/beitrag/60-jahre-einkommensteuertarif-in-deutschland-bestandsaufnahme-und-handlungsempfehlungen.html>.
- ³ § 1 und 2, 19. Titel 2. Teil des Preußischen Allgemeinen Landrechts, <http://www.koeblergerhard.de/Fontes/ALR2fuerdiepreussischenStaaten1794Teil2.htm>.
- ⁴ Sirkka Jendis, Armut hat System, 2024, S. 110-112 m.w.N.
- ⁵ H. F. Zacher, Das soziale Staatsziel, in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, Heidelberg, 1987, § 25, Rn 4.
- ⁶ Hans F. Zacher, Zur sozialen Programmatik der Bayerischen Verfassung, in: Verfassung und Verfassungsrechtsprechung, FS zum 25-jährigen Bestehen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, München, 1972.
- ⁷ Zum Ganzen: Bernd v. Maydell / Walter Kannengießer, Handbuch der Sozialpolitik, Pfullingen, 1988.
- ⁸ Wilhelm Bernsdorf, Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart, 2. Aufl. 1969, S. 949 f. m.w.N.
- ⁹ Schubert, Klaus/Martina Klein, Das Politiklexikon, Bonn, 7., aktual. u. erw. Aufl. 2020, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17794/liberalismus/>.
- ¹⁰ Wie vor.
- ¹¹ <http://juso-hsg.uni-koeln.de/liedtext-der-internationalen/>.
- ¹² Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M., Präsident des BVerfG, Festvortrag 75 Jahre Grundgesetz – In guter Verfassung?
- ¹³ H. F. Zacher, Fn. 5, Rn 7.
- ¹⁴ Barbara Abrell, Hans F. Zacher, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1990 – 1996, Ein Porträt, <https://www.mpg.de/8235479/hans-zacher>.
- ¹⁵ Hans Maier (Hg.), Die Freiburger Kreise, Akademischer Widerstand und Soziale Marktwirtschaft, Paderborn, 2014; Daniela Rüther, Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Paderborn, 2002.
- ¹⁶ Z. B. Hans Otto Lenel, Ursachen der Konzentration, Tübingen, 2., Aufl. 1968, vgl. auch Art. 123 III BV.
- ¹⁷ H. G. Butzko, <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiospitzen/zugespitzt-von-hg-butzko-der-satirische-monatsrueckblick-100.html> [Min. 16:37 - 17:23].
- ¹⁸ Stephan Leibfried, Zum Strukturwandel des Sozialstaates, in: Boysen/Kaiser/Meinel, Verfassung und Verteilung, Tübingen 2015, S. 10.
- ¹⁹ Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 1977, S. 688.
- ²⁰ Carl Schmitt, Nehmen/Teilen/Weiden, 1953 in: Ernst Forsthoff, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt, 1968, S. 95-113.
- ²¹ Ernst Forsthoff, Verfassungsprobleme des Sozialstaates, 1954, in: Ernst Forsthoff, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt, 1968, S. 145-164.
- ²² <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/revolution-1848-1849/517884/die-revolutionen-von-1848-49/>;
- ²³ Gustav Mayer, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt a.M., 1969.
- ²⁴ Carl Schmitt, Fn. 20, S. 112.
- ²⁵ Angela Merkel, Regierungserklärung vom 10.11.2009, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-795246>.
- ²⁶ Alexander Dobrindt, Die Volkspartei der Zukunft ist bürgerlich-konservativ, Die Welt v. 01.03.2018
- ²⁷ Alexander Dobrindt, Stellungnahme vom 01.10.2024.
- ²⁸ Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, S. 9 ff., Darmstadt, 1972.
- ²⁹ Peter R. Neumann, Logik der Angst, Die rechtsextreme Gefahr und ihre Wurzeln, Berlin, 2023;
- ³⁰ New York Times, 26. November 2006, https://de.wikiquote.org/wiki/Warren_Buffett mit weiteren Zitaten; Georg Schramm - Es ist Krieg da draussen - 01.10.2013, <https://www.youtube.com/watch?v=4DnauIMcwDY>.
- ³¹ So etwa die Methoden von Cambridge Analytica, Astroturfing, Nudging etc.
- ³² SZ vom 14.08.2024, S. 17, Interview: Herbert Fromme und Alexander Mühlauer mit Joachim Wenning, „Warum können die Deutschen nicht später in Rente gehen?“.
- ³³ Mt 20,1-16.